

Satzung des Kleintierzuchtverein Z 120 Oberndorf a.N. e.V.

.....

Allgemeines

§1 : Name und Sitz

Der Verein führt den Namen Kleintierzuchtverein Z120 Oberndorf a.N.
Er hat seinen Sitz in Oberndorf am Neckar und ist in das Vereinsregister eingetragen.
Der Verein ist mittelbares Mitglied beim Landesverband der Rassegeflügelzüchter von Württemberg und Hohenzollern e.V. und beim Kaninchenzüchterverband Württemberg und Hohenzollern e.V. über den Kreisverband Schwarzwald e.V. und über den Kreisverband Rottweil/Tuttlingen e.V., sowie korporatives Mitglied beim Deutschen Tierschutzbund LV Baden-Württemberg, über die beiden Landesverbände durch seine Mitgliedermeldungen und Beitragsleistungen.

§2 : Zweck und Aufgabe des Vereins

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung, und zwar zur Förderung des Tierschutzes, der Bekämpfung von Tierseuchen und Förderung der Rassegeflügel- und Rassekaninchenzucht.

Daraus ergeben sich folgende Aufgaben:

1. Allgemeine Beratung und Aufklärung über sachgemäße und den neusten Erkenntnissen der Forschung angepassten Geflügel- und Kaninchenhaltung und –zucht (nachfolgend Kleintierzucht). Der Verhütung und Bekämpfung von Kleintierkrankheiten und –seuchen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Eine enge Zusammenarbeit mit den Behörden der Tierhygiene wird angestrebt.
2. Verbreitung und Erhaltung des Rassegeflügels und der Rassekaninchen, insbesondere durch Abhaltung von Ausstellungen und durch Schulung der eingesetzten Betreuer auf den verschiedenen Gebieten.
3. Züchterische Verbesserung der Kleintierbestände durch Ausrichtung der Zuchtarbeit im Rahmen der einheitlichen Standarte des BDRG und des ZDRK für die einzelnen Gattungen und Rassen.
Damit sollen bestimmte Zuchtziele erreicht werden, wie die Erhöhung der Leitungsfähigkeit und die Verbesserung der Schönheit des Rassegeflügels und der Rassekaninchen.
4. Einheitliche Kennzeichnung der Kleintiere nach Bestimmungen des BDRG und des ZDRK.
5. Vertretung der Belange des Vereins innerhalb des Vereinsgebietes.
6. Beratung und Belehrung der Mitglieder durch Wort, Schrift und Bild. Gegenseitige Aussprache in allen züchterischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Durchführung von Stallschauen bei den Mitgliedern und Beratung derselben bei Erwerb und der Pflege von Tieren.
7. Erziehung der Jugend zur Tierliebe und der Gewinnung der Jugend zur sinnvollen Freizeitgestaltung durch Tierhaltung.
8. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mitgliedschaft

§3 : Mitglieder

Unmittelbare Mitglieder des Vereins sind:

- a) natürliche Personen
- b) juristische Personen.

§4 : Erwerb der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft bei dem Verein kann jeder Kleintierzüchter erwerben oder wer den Verein in seinen Bestrebungen unterstützt. Die Beitrittserklärung soll schriftlich beim Vorstand erfolgen.

Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung. Jugendliche unter 18 Jahren können nur mit Zustimmung des Erziehungsberechtigten in die Jugendgruppe aufgenommen werden. Sie können erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres Vollmitglied des Vereins werden.

Durch den Erwerb der Mitgliedschaft bei dem Verein wird die Mitgliedschaft bei den Landesverbänden durch Meldung in den jeweiligen Vereinslisten erworben. Entsprechendes gilt auch für den Verlust der Mitgliedschaft.

Mitgliedschaft ist bei mehreren Vereinen ist möglich.

§5 : Ehrenmitgliedschaft

Zu Ehrenmitgliedern des Vereins können Personen ernannt werden, die im Verein eine 40-jährige ununterbrochene aktive Zugehörigkeit nachweisen können. Zu Ehrenmitgliedern können vom Ausschuss vorzeitig auch Mitglieder ernannt werden, welche sich in der Kleintierzucht oder um den Verein in hervorragender Weise verdient gemacht haben.

Vereinsvorsitzende, welche sich um den Verein verdient gemacht haben, können auf Vorschlag des Ausschusses von der Hauptversammlung ernannt werden. Sie haben Sitz und Stimme im Vorstand.

§6 : Verlust der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft erlischt durch Austritt, Streichung, oder Ausschluss sowie bei natürlichen Personen durch Tod, bei juristischen Personen durch Auflösung.

1. Der **AUSTRITT** eines Mitglieds erfolgt durch schriftliche Austrittserklärung beim Vorstand zum Schluss eines Jahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Wochen.
2. Eine **STREICHUNG** kann erfolgen, wenn ein Mitglied mit seiner Verbindlichkeit dem Verein gegenüber 2 Jahren im Rückstand ist. Das Mitglied wird schriftlich von der Streichung benachrichtigt. Der Anspruch des Vereins auf Zahlung rückständiger Beiträge und Erfüllung anderer Verpflichtungen wird durch die Streichung nicht berührt.
3. Ein Mitglied kann auf Zeit oder dauernd durch die Hauptversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn es
 - a) gegen die Satzung oder eine andere Vorschrift der übergeordneten Organisationen verstoßen hat;

- b) eine Anordnung des Vereins oder der übergeordneten Organisationen oder eines seiner Beauftragten nicht befolgt;
 - c) Handlungen begeht, die geeignet sind, den Verein, eine übergeordnete Organisation oder irgendein Mitglied zu schädigen;
 - d) sich eines unehrenhaften, den einzelnen oder die Gesamtheit schädigenden Verhalten schuldig macht;
 - e) beleidigende oder unwahre Äußerungen über den Verein, die Vereinsleitung oder Mitglieder macht oder verbreitet;
 - f) durch Urteil der zuständigen Ehren- oder Schiedsgerichte ausgeschlossen wird.
4. Zur Stellung eines Ausschlussantrages ist jedes Mitglied des Vereins berechtigt. Der Antrag ist an den Vereinsvorsitzenden zu richten und unter Angaben und Beigefügung von Beweismitteln zu begründen.
5. Ist der Antragsgegner Mitglied des eigenen Vereins, so entscheidet die Hauptversammlung oder außerordentliche Hauptversammlung auf Antrag des Ausschusses nach Anhörung des Betroffenen.
- Gehört der Antragsgegner einem anderen Verein an, so sind die Satzungen der übergeordneten Organisation anzuwenden.
6. Dem Ausgeschlossenen muss der Ausschließungsbeschluss schriftlich mit Begründung des Ausschlusses unter Beigefügung einer Rechtsmittelbelehrung zugestellt werden.
Jeder Ausschluss ist dem KV-Vorsitzenden zu melden.

Im übrigen gelten die Bestimmungen der Ehrengerichts- und Schiedsgerichtsordnungen der übergeordneten Organisationen.

§7 : Rechte und Pflichten der Mitglieder

Die Mitglieder sind verpflichtet:

1. Die Vorschriften dieser Satzung und die Bestimmungen der übergeordneten Organisationen gewissenhaft zu befolgen;
2. es mit der Zuchtarbeit ernst zu nehmen, die Arbeit des Vereins durch regelmäßige Versammlungsbesuche und Mitarbeit zu fördern, die Stallungen und Geräte in ordnungsgemäßem Zustand zu halten und bestrebt zu sein, Tiere frei von Krankheiten und Ungeziefer zu halten und erforderlichenfalls abzusondern und auszumerzen;
3. kranke, verendete oder getötete Tiere bei Verdacht auf eine Seuche oder übertragbare Krankheit an einen Tierarzt oder an eine tierärztliche Untersuchungsamt einzusenden;
4. den vom Verein bestimmte Schaukommission jederzeit Zutritt zu den Stallungen und Einsicht in die Zuchtanlagen zu gewähren;
5. ihren geldlichen Verpflichtungen dem Verein gegenüber pünktlich nachzukommen.
6. beim Kauf und Verkauf von Tieren ein einwandfreies Geschäftsgebaren zu zeigen.
7. Die Mitglieder haben das Recht auf Unterstützung und Förderung durch den Verein im Rahmen dieser Satzung. Das Stimmrecht steht ihnen entsprechend der Regelung in der Satzung zu.

§8 : Eintrittsgeld und Jahresbeitrag

Die Festsetzung des Eintrittsgeldes und des Mitgliedsbeitrags nach Höhe und Fälligkeit sowie der Zahlungsstelle erfolgt durch die Hauptversammlung. Bei Zahlungsverzug ruhen die Rechte des Mitglieds.

Verwaltung

§9 : Vereinsversammlungen

1. Monatsversammlungen

Allmonatlich soll eine Mitgliederversammlung stattfinden. Die Einladung hierzu erfolgt schriftlich oder durch Veröffentlichung in der örtlichen Tageszeitung. Die Mitgliederversammlungen dienen der Erledigung laufender Vereinsangelegenheiten, soweit sie nicht der Hauptversammlung vorbehalten sind. Bei jeder Versammlung soll eine Tierbesprechung oder ein Fachvortrag stattfinden. Bei allen Vereinsversammlungen hat der Vorsitzende das Hausrecht.

2. Hauptversammlung

Die Hauptversammlung ist oberstes Organ des Vereins; sie findet zu Beginn des Jahres statt. Die Einladung erfolgt 14 Tage vor dem festgesetztem Termin durch Bekanntgabe im Schwarzwälder Boten Oberndorf oder durch schriftliche Einladung unter Mitteilung der Tagesordnung. Anträge zur Hauptversammlung sind spätestens 8 Tage vorher an den Vorsitzenden einzureichen.

Der Aufgabenbereich der Hauptversammlung umfasst:

- a) Entgegennahme des Geschäfts- und Kassenbericht
- b) Entlastung des Vorstandes
- c) Festsetzung des Jahresbeitrages
- d) Behandlung der eingegangenen Anträge
- e) Vornahme der erforderlichen Wahlen
- f) Aufstellung und Genehmigung des Jahresarbeitsplanes
- g) Beschlussfassung über etwa notwendige Satzungsänderungen

- h) Erledigung sonstiger Angelegenheiten nach dieser Satzung.

Eine außerordentliche Hauptversammlung ist einzuberufen, wenn der Vorstand es für notwendig erachtet oder auf Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder, im übrigen gemäß §§36 und 37 BGB. Jede vorschriftmäßig einberufene Mitglieder- und Hauptversammlung ist beschlussfähig und entscheidet mit Stimmmehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Stimmübertragung ist nicht statthaft.

§10 : Vereinsleitung

Die Vereinsleitung besteht aus dem geschäftsführenden Vorstand und dem Ausschuss.

1. Der Vorstand setzt sich zusammen aus dem

Ersten Vorsitzenden und Ehrenvorsitzenden,
Zweiten Vorsitzenden
Schriftführer
Kassier.

2. Den Ausschuss bilden:
Der Vorstand und weitere Mitglieder, deren Anzahl die Hauptversammlung festsetzt.
3. Der Erste und der Zweite Vereinsvorsitzende vertreten den Verein nach außen in allen gerichtlichen und nicht gerichtlichen Angelegenheiten. Jeder ist alleine vertretungsberechtigt. Der Vorsitzende beruft und leitet die Ausschusssitzung und Versammlungen, überwacht die Ausführung der Beschlüsse, die Einhaltung der Satzungen und der besonderen Bestimmungen, erteilt die erforderlichen Zahlungsanweisungen an den Kassier und sorgt für die Erledigung des Schriftwechsels.
4. Vereinsintern vertritt der Zweite Vorsitzende den Ersten Vorsitzenden im Verhinderungsfall.
5. Der Schriftführer hat alle ihm vom Vorsitzenden angewiesene schriftlichen Arbeiten zu erledigen und über die Sitzungen und Versammlungen Niederschriften zu führen.
6. Der Kassier hat die Einnahmen und Ausgaben ordnungsgemäß Buch zu führen, Beiträge einzuziehen und Zahlungen vorzunehmen. Das Rechnungsjahr geht vom 1. Januar bis 31. Dezember. Zur Hauptversammlung hat er einen Kassenbericht mit Vermögensaufstellung zu fertigen und vorzulegen.
Übersteigt der Barbestand den Betrag von 500,00 DM so ist derselbe zinstragend anzulegen. Die Prüfung der Kasse erfolgt durch die von der Hauptversammlung zu wählenden Kassenprüfer.

§11 Der Ausschuss

1. Im Ausschuss sollen vertreten sein
 - a) die Zuchtwarte für Geflügel, Tauben und Kaninchen
 - b) der Geräteverwalter
 - c) der Obmann für die Jugendgruppe
2. Für spezielle Aufgaben können weitere Ausschussmitglieder gewählt werden, wie Ringwart, Tätowierungsmeister, Fellwart usw.

Im übrigen gelten die Bestimmungen der übergeordneten Organisationen für die einzelnen Aufgaben der Funktionäre (siehe vor allem Einheitssatzung des ZDRK §§ 29 und 30).

3. Die Wahlen finden in der Hauptversammlung statt. Die Mitglieder des Vorstandes, des Ausschusses und die Kassenprüfer werden auf 2 Jahre gewählt. Die Kassenprüfer dürfen nicht Mitglied des Vorstandes sein. Mitglieder, welche bei der Hauptversammlung unentschuldigt fehlen, sind nicht wählbar. Scheidet einer der Gewählten vor Ablauf der Wahlperiode aus, so hat die nächste Hauptversammlung einen Ersatzmann zu wählen. Bis zu diesem Zeitpunkt kann der Ausschuss ein Ersatzmann kommissarisch einsetzen.

Bei Wahlen entscheidet einfache Stimmmehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet eine Stichwahl. Die Gewählten bleiben nach Ablauf der Amtsperiode bis zur Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig.

§12 : Vereinsvermögen

1. Das angesammelte Vereinsvermögen darf nur ausschließlich und unmittelbar zu den in den § 2 genannten gemeinnützigen Zwecken auf Beschluss der Hauptversammlung verwendet werden.

2. Die Verwendung von steuerbegünstigtem Vereinsvermögen zu wirtschaftlichen Geschäftszwecken ist ausgeschlossen.
3. Mitglieder können aus dem Vereinsvermögen keine Gewinnanteile oder ähnliche Zuwendungen erhalten.
4. Den für den Verein tätigen Personen können nur tatsächlichen Auslagen erstattet werden. Alle Tätigkeiten im Verein sind ehrenamtlich. Eine Begünstigung durch unverhältnismäßige hohe Vergütung ist ausgeschlossen.
5. Der Vorstand ist befugt, in dringenden, unaufschiebbaren Fällen über einen Betrag bis zu DM 200,00, der Ausschuss über einen solchen bis zu DM 10.000,00 nach eigenem Ermessen ohne vorherigen Beschluss der Versammlung zu verfügen. Sie müssen aber der Versammlung darüber berichten. Diese Regelung ist vereinsintern.

§13 : Satzungsänderung

Eine Änderung der Satzung kann nur durch die Hauptversammlung mit Zwei-Drittel Stimmmehrheit beschlossen werden.

Ausstellungen

§ 14

Die Ausstellungen des Vereins sollen in jeder Beziehung mustergültig aufgezogen werden. Grundlage dazu sind die allgemeinen Ausstellungsbestimmungen der übergeordneten Organisationen.

Bei Beschickung von Ausstellungen müssen die ausgestellten Tiere Eigentum des Ausstellers sein.

§ 15

Zu den Veranstaltungen des Vereins sollen Vertreter des Bürgermeisteramtes- und des Gemeinderates sowie den Vereinsmitgliedern bekannte Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft eingeladen werden.

Auflösung des Vereins

§ 16

Der Verein kann durch Beschluss der ordentlichen oder außerordentlichen Hauptversammlung aufgelöst werden. Zu dem Beschluss ist eine Mehrheit von drei Viertel aller Vereinsmitglieder notwendig. Wird der Verein aufgelöst, geht dessen Vermögen auf die beiden LV anteilmäßig entsprechend der jeweils gemeldeten Mitgliederzahl zur Verwaltung über. Bildet sich am Sitz des aufgelösten Vereins ein neuer Verein mit gleichen Zielen, so kann bei den beiden Landesverbänden die Herausgabe des verwalteten Vermögens abzüglich der Verwaltungskosten beanspruchen. Nach einer Frist von 5 Jahren geht das Vermögen an die beiden Landesverbände über, die es festgelegten gemeinnützigen und steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden haben.

Schlussbestimmung

§ 17

Diese Satzung wurde in der Hauptversammlung am 7. Dezember 1990 angenommen. Die bisherige Satzung ist dadurch aufgehoben.

Diese Satzung tritt mit ihrer Annahme durch die Hauptversammlung und mit der Genehmigung durch das Amtsgericht –Vereinregister- in Kraft.

Oberndorf, den 7. Dezember 1990